

aktualisiert: 24.02.2010 20:09

Drucken | Versenden

BERLIN

Schwarz-Gelb prüft Kopfpauschale

Kommission soll die Gesundheitsreform voranbringen



(ddp) Die schwarz-gelbe Regierungskoalition will den Streit über die Gesundheitsreform und die Kopfpauschale durch eine Arbeitsgruppe schlichten lassen. Dafür setzte das Kabinett am Mittwoch in Berlin eine „Regierungskommission zur nachhaltigen und sozial ausgewogenen Finanzierung des Gesundheitswesens“ ein.

Das Gremium unter Vorsitz von Bundesgesundheitsminister Philipp Rösler (FDP) soll am 17. März erstmals zusammenkommen und Vorschläge unterbreiten, wie die Krankenkassen in Zukunft finanziert werden können. Dazu gehört auch die Kopfpauschale, die an die Stelle des Gesundheitsfonds treten soll. Die Opposition kritisierte die Kommission als politische Show.

Die Parlamentarische Gesundheits-Staatssekretärin Annette Widmann-Mauz (CDU) sicherte dem Bundestag eine umfassende Information über die Arbeit des Gremiums zu. Die Ergebnisse sollten „im parlamentarischen Raum intensiv diskutiert“ werden. Schließlich sei geplant, die Reformen rasch auch in Gesetzesform zu bringen. Eine Frist dafür nannte sie nicht. Jens Spahn, CDU-Gesundheitsexperte, machte deutlich, dass es auch um die Einführung der umstrittenen Kopfpauschale gehen werde. Spahn erinnerte an den Koalitionsvertrag, wonach die Regierungskommission über Wege einer vor allem lohnunabhängigen Finanzierung des Gesundheitswesens beraten solle. Der CDU-Politiker reagierte damit auf Äußerungen des bayerischen Gesundheitsministers Markus Söder, der die FDP-Pläne einer Kopfpauschale als chancenlos bezeichnet hatte.

SPD-Generalsekretärin Andrea Nahles kritisierte, die Koalition wolle die Wähler „mit Salamtaktik an der Nase herumführen“. Auch ein Einstieg in den Systemwechsel mit einer „kleinen Pauschale“ heiße, dass am Ende eine große Kopfpauschale herauskommen werde. Die Linke warnte, es solle die solidarische Krankenversicherung geopfert werden. Schon jetzt stehe das Ziel der Kommission fest: Kopfpauschale, Privatisierung und Lobbyismus, sagte Gesundheitsexpertin Martina Bunge.

Der Spitzenverband der Gesetzlichen Krankenversicherung begrüßte indes die Einsetzung der Kommission. Es könne nicht nur darum gehen, den drastischen Ausgabenanstieg durch kurzfristige Maßnahmen wie ein Arzneimittel-Sparpaket zu bremsen, sagte die Vorstandsvorsitzende des GKV-Spitzenverbandes, Doris Pfeiffer. Vielmehr sei die Kommission gefordert, für die Zukunft der gesetzlichen Krankenversicherung „klare Entscheidungen“ vorzulegen.